

# **Besondere Vertragsbedingungen der Thüringer Fernwasserversorgung für die Lieferung, Überlassung und Erstellung von Softwareleistungen**

## **1 Grundsätze**

Für die Lieferung, Überlassung und Erstellung von Software gelten die Regelungen des BGB; für die Erstellung von Systemsoftware die Regelungen des Werkvertragsrechts (§§ 631 und folgende BGB).

Es gelten nachfolgende Unterlagen bei Widersprüchen in der aufgeführten Reihenfolge:

- a) das Angebot in der durch den Auftrag bestätigten Form,
- b) das Leistungsverzeichnis,
- c) die vorliegenden Vertragsbedingungen,
- d) die Ergänzenden Vertragsbedingungen für die Erstellung eines Gesamtsystems (EVB-IT System-AGB) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung,
- e) die Ausführungsbestimmungen der Thüringer Fernwasserversorgung zur Durchführung von Fernwartung in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.

Im Falle von Widersprüchen beziehungsweise Unklarheiten der Festlegungen im freigegebenen Pflichtenheft und dem Leistungsverzeichnis gelten die Vorgaben im Leistungsverzeichnis.

Hat der Auftragnehmer Bedenken gegen die vom Auftraggeber vorgegebenen Materialien und Einrichtungen, insbesondere gegen die vorgesehene Hardware, die Systemkapazität, oder ergeben sich sonstige Bedenken betreffend die Durchführung seiner Auftragsleistung, so hat er den Auftraggeber unverzüglich zu benachrichtigen.

## **2 Ausführungsfristen**

Mit der Ausführung ist unverzüglich nach Erteilung des Auftrages zu beginnen, sofern sich aus dem Auftrag/Vertrag keine gesonderten Termine oder Fristen ergeben.

## **3 Vertragsstrafen**

Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung des Fertigstellungstermins, Vertragsstrafe zu zahlen:

- bei Überschreitung des Fertigstellungstermins 0,1 % des Endbetrages der Abrechnungssumme für jeden Werktag des Verzuges

Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 % der Abrechnungssumme begrenzt. Ansprüche des Auftraggebers auf Ersatz der über die Vertragsstrafe hinausgehenden Schadens bleiben unberührt.

## **4 Rechnungen**

Alle Rechnungen sind zeitgleich im „PDF“-Format per E-Mail an die Thüringer Fernwasserversorgung (E-Mail – Rechnung@thueringer-fernwasser.de) und das Planungsbüro einzureichen.

Die notwendigen Rechnungsunterlagen (Mengenberechnung, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind einfach einzureichen.

Der Übermittlung von Rechnungen im „PDF“-Format im Sinne des § 14 Absatz 1 des Umsatzsteuergesetzes stimmt die Thüringer Fernwasserversorgung

☒ zu.

☐ nicht zu.

## **5 Sicherheitsleistungen – nur für den Fall, dass der Auftragswert 100.000 Euro brutto überschreitet**

Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung, Schadensersatz sowie auf Erstattung von Überzahlungen, hat der Auftragnehmer eine Vertragserfüllungsbürgschaft nach dem Formblatt 421 (VHB) in Höhe von 5 % der Auftragssumme brutto einschließlich der Nachträge zu stellen.

Leistet der Auftragnehmer diese Sicherheit nicht binnen 18 Tagen nach Vertragsabschluss/Auftragserteilung, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Abschlagszahlungen einzubehalten bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Nach Empfang der Schlusszahlung und Erfüllung aller bis dahin erhobenen Ansprüche kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Bürgschaften in eine Mängelansprüchebürgschaft gemäß dem Formblatt 422 (VHB) in Höhe von 3 % der Abrechnungssumme brutto einschließlich Nachträge umgewandelt wird.

Als Sicherheit für die Mängelansprüche werden 3 % der Auftragssumme brutto einschließlich aller Nachträge einbehalten. Der Auftragnehmer kann stattdessen eine Mängelansprüchebürgschaft nach dem Formblatt 422 (VHB) in dieser Höhe stellen.

## **6 Zahlungsbedingungen/Zahlungsplan**

Der Auftragnehmer hat spätestens zehn Werktage nach Auftragserteilung einen Zahlungsplan, aufgeschlüsselt nach Monaten mit Angabe der Bruttobeträge, beim Auftraggeber einzureichen.

Abschlagszahlungen sind in Höhe der erbrachten und nachgewiesenen Leistungen bei Übergabe einer Vertragserfüllungsbürgschaft, vergleiche Punkt 5, in Höhe von 5 % der Auftragsbruttosumme möglich.

Die Schlusszahlung erfolgt in Höhe von 100 % nach erfolgter Abnahme bei gleichzeitiger Übergabe einer Mängelansprüchebürgschaft, vergleiche Punkt 5, in Höhe von 3 % der Bruttoabrechnungssumme.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, festgestellte Überzahlungen unverzüglich zurückzuzahlen. Bei Rückforderung des Auftraggebers aus Überzahlungen kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen.

Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den zu erstattenden Betrag ohne Umsatzsteuer vom Empfang der Zahlung an mit 4 % für das Jahr zu verzinsen. Es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.

## **7 Nachträge**

Dem Auftraggeber bleibt vorbehalten, Änderungen der vorgesehenen Leistung anzuordnen.

Nicht vereinbarte Leistungen, die zur Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden, hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers auszuführen, es sei denn, sein Betrieb ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet.

Werden im Vertrag vorgesehene Leistungen geändert oder nicht im Vertrag enthaltene Leistungen gefordert, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, seinem Angebot eine prüffähige Kalkulation beizufügen. Erst nach schriftlicher Bestätigung durch den Auftraggeber können diese Leistungen realisiert und vergütet werden.

Beginnt der Auftragnehmer bereits vor der schriftlichen Einigung über das Nachtragsangebot, geschieht dies auf sein Risiko.

Bei der Kalkulation von Nachtragspreisen ist stets von der Kalkulation analoger Leistungen des Hauptangebotes auszugehen, wobei die zusätzlichen Erschwernisse beziehungsweise Erleichterungen nach Möglichkeit als Zuschlagspreis beziehungsweise Preisminderung der betreffenden Hauptpositionen ermittelt werden sollen.

## **8 Stundenlohnarbeiten**

Stundenlohnarbeiten dürfen nur nach vorheriger Anordnung des Auftraggebers ausgeführt werden. Nachweise hierüber sind in Form von Tageslohnzetteln vorzulegen. Durch die Bestätigung der Tageslohnzettel werden lediglich die tatsächliche Ausführung und die darauf angewandte Zeit bestätigt. Die Prüfung der Vergütungsvoraussetzung bleibt vorbehalten.

Bei Stundenlohnarbeiten gelten die vereinbarten Rechnungssätze unabhängig von der Zahl der geleisteten Stunden.

## **9 Haftpflichtversicherung**

Der Auftragnehmer hat für die Dauer seiner Leistungszeit eine Berufshaftpflichtversicherung zu unterhalten. Bei einer Auftragssumme größer 100.000,00 Euro brutto sind die Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 3 Mio. Euro und für Sach- und Vermögensschäden von 6 Mio. Euro nachzuweisen. Für darunterliegende Summen ist der aktuelle Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung (gültige Versicherungspolice) vorzulegen.

## **10 Projekttagbuch, Ablaufplan**

Der Auftragnehmer hat ein Projekttagbuch zu führen, darüber hinaus einen zweiten Plan, betreffend seiner Vertragsleistungen, nach den terminlichen Vorgaben des Auftraggebers zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Fristen nachgewiesen und überwacht werden kann.

Bei Änderungen der Fristen ist der Ablaufplan entsprechend zu berichtigen und in der aktuellen Form dem Auftraggeber zu übergeben.

## **11 Abnahme der vereinbarten Leistung**

Eine Abnahme der vereinbarten Leistung erfolgt erst nach erfolgreichem Funktionstest. Die Leistung wird förmlich abgenommen und ist vom Auftragnehmer schriftlich nach Fertigstellung zu beantragen.

Eine stillschweigende oder fiktive Abnahme ist ausgeschlossen, Teilabnahmen werden nicht vorgenommen. Die Benutzung der Leistung oder eines Teils der Leistung sowie Funktionsprüfungen gelten nicht als Abnahme, soweit diese nicht die bestimmungsgemäße Ingebrauchnahme darstellen.

Die Abnahme erfolgt im Wege eines Funktionstestes durch ein diesen Funktionstest dokumentierendes Abnahmeprotokoll. Der Auftragnehmer hat bei der Abnahme mitzuwirken und die erforderlichen Arbeitskräfte und technischen Geräte auf seine Kosten zu stellen.

Der Auftraggeber kann Pläne, Bedienungsanleitungen und Funktionsbeschreibungen schon vor der Abnahme verlangen.

Mit der Abnahme erklärt der Auftraggeber, dass das gelieferte Produkt vertragsgemäß erstellt wurde. Die Abnahme muss erklärt werden, wenn keine Mängel der nachfolgend definierten Kategorien 1 und/oder 2 aufgetreten sind. Mängel der Kategorie 3 begründen kein Recht zur Abnahmeverweigerung.

Die auftretenden Mängel werden wie folgt kategorisiert:

### **Kategorie 1: Schwere Fehler**

Das System kann nicht genutzt werden. Der Mangel kann nicht mit organisatorischen Hilfsmitteln umgangen werden (Beispiel: das System stürzt bei Aufruf ab und beginnt nicht mit der Arbeit; Teile des Programms erzeugen offensichtliche Fehler, die den Vorgaben widersprechen; Teile des Programms erzeugen Fehler, die sich kumulieren und Systeme an einer anderen Stelle beeinflussen).

### **Kategorie 2: Mittlere Fehler**

Die Funktionalität des Systems ist nicht soweit beeinträchtigt, dass es nicht genutzt werden kann. Der Mangel kann mit organisatorischen oder sonstigen vertretbaren Hilfsmitteln umgangen werden (Beispiel: Eingaben werden nicht wie vorgeschrieben in andere Masken übernommen; Ergebnisse werden zum Ausdruck oder zur Anzeige gebracht, die im Layout falsch sind).

### **Kategorie 3: Leichte Fehler**

Ein leichter Fehler hat keine bedeutenden Auswirkungen auf Funktionalität und Nutzbarkeit. Die Nutzung des Gesamtsystems ist nicht oder nur unwesentlich eingeschränkt (Beispiel: das Markendesign ist unvollständig; beim Aufbau eines Fensters erscheint das Fenster zu groß oder zu klein, inhaltlich aber korrekt).

Die Zuordnung zu den einzelnen Kategorien erfolgt im Rahmen der Abnahme durch den Auftraggeber. Differenzen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer über die Kategorisierung werden im Abnahmeprotokoll niedergelegt.

## **12 Mängelansprüche**

Die Mängelansprüche richten sich nach den Regelungen des BGB. Ergänzend gilt folgende Vereinbarung:

Mängel der Kategorie 1 nach der vorstehenden Ziffer werden unverzüglich behoben. Sollte der Mangel mithilfe vorübergehender Umgehungsmaßnahmen behoben werden können, so sind diese Maßnahmen, nachdem die Lauffähigkeit des Systems hergestellt wurde, unverzüglich in permanente Mängelbehebungen zu ändern.

Mängel der Kategorie 2 werden, soweit möglich, während der Abnahmeprüfung behoben.  
Mängel der Kategorie 3 werden im Rahmen der Gewährleistung behoben, wobei sich die Parteien während der Abnahme auf einen Zeitplan zur Mängelbeseitigung einigen.

Im Übrigen haftet der Auftragnehmer für Schäden, die durch die Ausführung der Arbeiten entstehen.

Als Verjährungsfrist für Mängelansprüche aus den vertraglichen Leistungen ist eine Frist von zwei Jahren ab Abnahme, bei Abschluss eines Wartungsvertrages von vier Jahren vereinbart.

## **13 Rechte an der/den erstellten Leistung/Schutzrechtsverletzungen**

Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das nichtausschließliche, dauerhafte, unwiderrufliche und übertragbare Recht ein, die im Rahmen dieses Vertrages erbrachte Leistung zu nutzen, soweit sich dies aus Zweck und Einsatzbereich des Vertrages ergibt. Diese Rechte schließen die vereinbarten Zwischenergebnisse, Schulungsunterlagen und Hilfsmittel ein.

Der Auftragnehmer versichert, dass ihm keine Umstände bekannt sind, die dies erschweren oder unzulässig machen, die zur Erfüllung des Vertrages notwendigen Verfahren und Bestandteile herzustellen, zu verkaufen oder zu nutzen, sowie, dass keine Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten bisher geltend gemacht worden sind oder geltend gemacht werden.

Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten durch die Nutzung der übergebenen Dienstleistungsergebnisse geltend, haftet der Auftragnehmer wie folgt:

Der Auftragnehmer wird nach seiner Wahl und auf seine Kosten entweder die vereinbarten Dienstleistungsergebnisse so ändern oder ersetzen, dass sie das Schutzrecht nicht verletzen, aber im Wesentlichen der vereinbarten Dienstleistung in der für den Auftraggeber zumutbaren Weise entsprechen oder dem Auftraggeber von Lizenzentgelten gegenüber dem Schutzrechtsinhaber oder Dritten freistellen. Gelingt dies dem Auftragnehmer zu angemessenen Bedingungen nicht, hat er diese Dienstleistungsergebnisse gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurückzunehmen.

## **14 Veröffentlichungen/Vervielfältigungen**

Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über die erbrachten Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.

Des Weiteren ist die Veröffentlichung von Darstellungen der Anlagen der Thüringer Fernwasserversorgung untersagt, Abweichungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Auftraggebers.

## **15 Kündigung**

Der Auftraggeber kann den Vertrag nach den gesetzlichen Regelungen, im Falle des Werkvertrages gemäß § 649 BGB kündigen.

Der Auftragnehmer kann diesen Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen.

Kündigungen sind durch ein Schreiben per Einschreiben mit Rückschein durchzuführen.

## **16 Hinterlegung der Angebots-/Vertragskalkulation**

Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben.

Die Offenlegung dieser Preisermittlung kann dann verlangt werden, wenn

- die Kenntnis der Kalkulation nach einer Kündigung des Vertragsverhältnisses zur Werklohnermittlung erforderlich ist oder
- die Kenntnis der Kalkulation für die Preisermittlung bei etwaigen Nachträgen erforderlich ist oder aus vergleichbar wichtigen Gründen.

Im Falle einer Öffnung der verschlossenen Angebotskalkulation aus den vorgenannten Gründen wird der Auftraggeber den Auftragnehmer in angemessener Zeit vorher unterrichten. Dem Auftragnehmer ist freigestellt, bei der Öffnung anwesend zu sein.

## **17 Schlussbestimmungen**

Jede Änderung dieses Vertrages bedarf der Schriftform, dies gilt auch für die vorliegende Klausel.

Erfüllungsort für den vorliegenden Vertrag ist der Ort, wo die vertragliche Leistung einzurichten ist.

Als Gerichtsstand wird, soweit zulässig, Erfurt vereinbart.

Sollte eine der Vertragsbestimmungen unwirksam sein, so wird der Vertrag im Übrigen nicht davon berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt das, was die Parteien bei Würdigung aller Umstände zulässigerweise vereinbart hätten.